"Berlin und Brandenburg können weiter konsolidieren und investieren"

17.10.16 | Berlin

"Berlin und Brandenburg können weiter konsolidieren und investieren"

Zur beschlossenen Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichssystems ab 2020 erklärt Christian Amsinck, Hauptgeschäftsführer der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB):

„Nach zwei Jahren harter Verhandlungen gibt es nun Planungssicherheit für Bund und Länder. Für Berlin ist erfreulich, dass auch zukünftig die besonderen Aufwendungen der Stadtstaaten berücksichtigt werden. Mit der vereinbarten Lösung können Berlin und Brandenburg den eingeschlagenen Konsolidierungs- und Investitionskurs fortsetzen."

Berlin kann ab 2020 mit ca. 495 Millionen Euro mehr rechnen, Brandenburg wird rund 280 Millionen Euro mehr aus dem Finanzausgleich erhalten. Die vereinbarte Dynamisierung der Zahlungen vergrößert den Planungs- und Gestaltungsraum.

Auch die weiteren Vereinbarungen im Rahmen des Finanzausgleichssystems bewertet die UVB positiv: In einer privatrechtlichen Infrastrukturgesellschaft Verkehr übernimmt der Bund die alleinige Zuständigkeit für die Bundesautobahnen, außerdem kann der Bund künftig kommunale (Bildungs-) Infrastruktur mitfinanzieren. Eine herausragende Bedeutung bekommt das Thema Digitalisierung: Die Online-Anwendungen der öffentlichen Verwaltung in den Ländern werden zukünftig über ein

zentrales Portal des Bundes abgewickelt, die Weiterentwicklung der IT-Verfahren zentral beim IT Planungsrat budgetiert und die Open Data Gesetze von Bund und Ländern synchronisiert. Amsinck weiter: „Mit der Umsetzung der Digitalisierungskomponente der Vereinbarung macht die öffentliche Verwaltung einen großen Schritt in Richtung „Digitale Hauptstadtregion“.

Disclaimer

Die Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB) sind die Stimme der Wirtschaft in der Hauptstadtregion. Wir stehen für 60 Mitgliedsverbände aus allen wichtigen Branchen, von der Autoindustrie bis zur Startup-Branche. Als Landesvereinigung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und Landesvertretung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) setzen wir uns für die Belange der regionalen Wirtschaft auf Bundesebene ein. Unser ordnungspolitisches Leitbild ist die Soziale Marktwirtschaft mit einem funktionierenden Wettbewerb. Für uns sind unternehmerische Freiheit, ökonomische Leistungsfähigkeit und Verantwortung für das Gemeinwohl untrennbar miteinander verbunden.

- Auf Xing teilen
- Auf Facebook teilen
- Auf X teilen
- Auf LinkedIn teilen

- Drucken
- Als PDF speichern

Ihr Ansprechpartner zum Thema Finanzpolitik

Volkswirtschaft, Statistik und Förderpolitik

Klaus

Jeske

Telefon:
+49 30 31005-127

Telefax:
+49 30 31005-240

E-Mail:
Jeske [at] uvb-online.de

Download VCF

Pressekontakt

Abteilungsleiter Presse und Kommunikation, Pressesprecher

Carsten

Brönstrup

Telefon:
+49 30 31005-114

Telefax:

+49 30 31005-166

E-Mail:
Broenstrup [at] uvb-online.de

Download VCF